



Landeshauptstadt
Mainz

Niederschrift

**über die Sitzung
des Sozialausschusses
am 25.02.2015**

Anwesend

- Vorsitz

Merkator, Kurt

- Mitglieder

Baglan, Baris

Braun, Ludwig

Bub, Kerstin in Vertretung für Cornelia Willius-Senzer

Gill-Gers, Alexandra

Hingst, Waltraud

Huck, Brian Dr. in Vertretung für Christian Viering

Jaensch, Ruth

Kondakji, Amin

Konrad, Walter

Lange, Karsten

Lange, Thorsten

Lensch, Eckart Dr.

Odenweller, Anette

Schmitt, Uta

Siebner, Claudia

Tesfamariam, Musgana

- beratende Mitglieder

Drenkard-Heim, Birgit

Göbig-Fricke, Gaby

Steitz, Georg

Entschuldigt fehlen

- Mitglieder

Hafner, Klaus

Mehler, Kurt

Viering, Christian

Westrich, Sissi

Willius-Senzer, Cornelia

- beratende Mitglieder

Diefenbach, Kerstin

- Schriftführung

Zell, Thorben

Tagessordnung

a) nicht öffentlich

1. Entscheidung über die öffentliche Behandlung der Punkte 3 bis 6 und 8
2. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 25.09.2014

b) öffentlich

3. Verpflichtung Ausschussmitglieder
4. Übergangsunterkunft zur Vermeidung von Obdachlosigkeit - mündlicher Bericht
5. Unterbringung von Flüchtlingen - mündliche Berichterstattung
6. Mitteilungen

c) nicht öffentlich

7. Unterbringung von Flüchtlingen in Mainz - Einrichtung von weiteren Gemeinschaftsunterkünften in der Zwerchallee 8-12 und 18, sowie Gemeinschaftsräumen im Gebäude Zwerchallee 20

Im Anschluss tagt der Sozialausschuss als Ausschuss für die Bürgerlichen Hospizien und Mainzer Stiftungen:

d) öffentlich

8. Anlagerichtlinie für die von der Landeshauptstadt treuhänderisch verwalteten Stiftungen, Nachlässe und Fonds

e) nicht öffentlich

9. Stiftung "Haus des Erinnerns - für Demokratie und Akzeptanz" (in Gründung)

Der Vorsitzende eröffnet um 16.30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

Punkt 3 **Verpflichtung Ausschussmitglieder**

Herr Merkator verpflichtet per Handschlag folgende Mitglieder, die noch nicht über den Stadtrat oder die Ortsbeiräte verpflichtet wurden:

- Gaby Göbig-Fricke (Deutsches Rotes Kreuz)

Punkt 4 **Übergangsunterkunft zur Vermeidung von Obdachlosigkeit - mündlicher Bericht**

Herr Abteilungsleiter Scheib berichtet, dass die Übergangsunterkunft zur Vermeidung von Obdachlosigkeit nunmehr seit 6 Jahren besteht. Die frühere Notunterkunft in der Zwerchallee wurde gemäß Stadtratsbeschluss vom 18.06.2008 zum 31.07.2009 endgültig aufgelöst.

Die Gemeinwesenarbeit zur Auflösung der Zwerchallee wurde nach Ausschreibung an die Stiftung Juvente vergeben und Mittel für 2 halbe Stellen zur Verfügung gestellt. Aufgabe war, auf die Umzugsbereitschaft hinzuwirken, die Wohnungssuchenden bei Wohnungsbesichtigungen zu begleiten und die Fachstelle Wohnraumhilfen im Amt für soziale Leistungen zu unterstützen.

Durch diese intensive und gute Arbeit ist es gelungen, alle Familien der Notunterkünfte fristgerecht in neue Wohnungen zu vermitteln.

Die neue Übergangsunterkunft umfasst eine Wohnung mit drei Wohnräumen, einer Küche und zwei Bädern für max. 3 Familien und bis zu 10 Personen. Die Vergabe erfolgt seit 01.08.2009 durch die Stiftung Juvente nach folgendem Konzept:

- Verweildauer max. 1 – 3 Monate nach Aufnahme
- direkte Vermittlung in eine eigene Wohnung möglichst auf Eigeninitiative
- einfache Ausstattung, sowie kein Einbringen eigener Möbel und Gegenstände soll dauerhaftes Ansiedeln vermeiden
- Bonussystem bei der Vermittlung innerhalb 14 Tagen

Zur Vermeidung von Obdachlosigkeit sind folgende präventive Maßnahmen notwendig:

- Noch intensivere Verhandlung der Fachstelle für Wohnraumhilfen mit den Vermietern
- Vereinbarung von Ratenzahlungen zwischen Mietern und Vermietern
- Mehr Darlehen für Mietrückstände
- Verstärkte Wohnungsakquise
- Zielvereinbarungen mit der Wohnbau für 36 Wohnung pro Jahr

Ergänzend berichtet Frau Abu El Ez von der Stiftung Juvente über Anzahl, Nationalitäten, Alter, Aufenthaltsdauer sowie von Problemfällen der Bewohner der Übergangsunterkunft.

Abschließend beantworten Herr Merkator und Herr Hensel weitere Fragen der Ausschussmitglieder.

Punkt 5 **Unterbringung von Flüchtlingen - mündliche Berichterstattung**

Herr Amtsleiter Hensel berichtet über den aktuellen Stand der Unterbringung von Flüchtlingen in Mainz. Derzeit sind 560 Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften und bereits 440 Flüchtlinge in Wohnungen untergebracht. Die Kapazitäten der sechs Unterkünfte inklusive einer Notunterkunft liegen zurzeit bei 654 Personen. Diese Kapazitäten sind aktuell ausreichend.

Die neue Unterkunft in der Elly-Beinhorn-Straße ermöglicht voraussichtlich zum 15.05.2015 weitere 240 Plätze. Zusätzlich hat der Stadtratsbeschluss vom 11.02.2015 die Erweiterung der Unterkünfte in der Zwerchallee von 130 auf insgesamt 390 Plätze ermöglicht. Damit wäre der Bedarf von 2015 bis Anfang 2016 gedeckt.

Als weitere Alternativen für die Zukunft werden derzeit das Allianzgebäude, die Gebäude der GFZ-Kaserne sowie einzelne Angebote von Dritten geprüft. Als großes Hindernis erweist sich jedoch in vielen Gebäuden der Brandschutz.

Aktuell arbeitet das Amt für soziale Leistungen an der Erstellung einer vom Stadtrat geforderten Konzeption zur Unterbringung von Flüchtlingen unter Einbindung des Flüchtlingsrates. Eine erste Vorlage in den Ausschüssen und im Stadtrat ist bis Ende April angedacht.

Abschließend werden Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet.

Punkt 6 **Mitteilungen**

Herr Merkator weist auf das künftige Verfahren zur elektronischen Zustellung von Unterlagen für den Stadtrat und die Ausschüsse der Stadt Mainz hin. Die Mitglieder werden gebeten, den versandten Fragebogen für den Sozialausschuss ausgefüllt an die Geschäftsführung zurück zu senden.

Im Anschluss tagt der Sozialausschuss als Ausschuss für die Bürgerlichen Hospizien und Mainzer Stiftungen:

Punkt 8 Anlagerichtlinie für die von der Landeshauptstadt treuhänderisch verwalteten Stiftungen, Nachlässe und Fonds
Vorlage: 0318/2015

Herr Merkator erklärt die Hintergründe zur Erstellung einer neuen Anlagerichtlinie.

Nachdem einzelne Mitglieder des Hospizienausschusses die neuen Richtlinien als sehr kritisch und riskant ansehen, beschließt der Ausschuss einstimmig, seine Beschlussfassung zu verschieben, bis der Finanzausschuss als zuständiges Fachgremium seinen Beschluss gefasst hat.

Die Beschlussfassung wird damit vertagt.

Ende der Sitzung: 17:55 Uhr

gez.

.....
Kurt Merkator
Beigeordneter

gez.

.....
Thorben Zell
Schriftführung